

Seite 2: Zur Person: Khaled Davrisch
Seite 3: Petra Pau: Das Verfahren ist verfahren / Überzeugen und überzeugen lassen / Eine facettenreiche Lady ...
Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Gesundheitswirtschaft im Bezirk / Blu-

menkästen statt Schulreinigung
Seite 5: Der Mietenvolksentscheid in Berlin / Dr. Gabriele Hiller: Immer wieder Schule
Seite 6: Auf in die Barnimer Feldmark / Aus den Siedlungsgebieten: Investitionsplanung für 2015 bis 2019 angemeldet

/ Mini-Bibliothek in der Telefonzelle
Seite 7: Eine lebendige Geschichtsstunde / „Es war nicht alles schlecht ...“
Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine / Hinten links: TTIP - Der Staatsstreich der Konzerne

Profit für Konzerne, Elend für die Menschen

Das Transatlantische Handelsabkommen TTIP muss gestoppt werden

Die Europäische Union und die USA haben vor, die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen. Verhandelt wurde hinter verschlossenen Türen, es sei denn, irgendein Dokument wurde



Halina Wawzyniak

Foto: privat

geleakt. Aber wir alle werden die Auswirkungen des Transatlantischen Handelsabkommens zu spüren bekommen. Und für die meisten von uns wird das nicht gut sein. Der Europäische Rat hat der EU-Kommission das Mandat erteilt, mit den USA ein Abkommen zur Handels- und Investitionspartnerschaft auszuhandeln, das demnächst unterschrieben werden soll. Parlamente wurden in die Verhandlungen nicht einbezogen. Deshalb liest sich der Pakt auch wie eine Weihnachtswunschliste der Konzerne, denn die und deren Lobby hatten die Federführung. Ist TTIP erst einmal unterzeichnet, gibt es kein Zurück. Die Parlamente der europäischen Staaten, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger werden ein weiteres

Stück ihrer Souveränität an undurchsichtige Institutionen abgegeben haben. Deren Zusammensetzung liest sich schon in der Planungsphase wie eine Interessenvertretung der Konzerne. Künftig sollen ausländische Investoren vor Schiedsstellen klagen können, wenn sie Gewinneinbußen durch Gesetzesänderungen befürchten. Bestens bezahlte Juristen aus Wirtschaftskanzleien werden über die Klagen befinden. Sie sind nicht unabhängig, sondern Handlanger der Konzerne und sie werden uns auch keine Rechenschaft schuldig sein. Berufungsmöglichkeiten? Keine. Es wird um Milliarden an Entschädigungszahlungen gehen, die aus öffentlichen Geldern an Konzerne gezahlt werden. Auf der Strecke bleiben werden Vorschriften und Standards für Produktsicherheit, Arbeitsbedingungen werden sich verschlechtern, Umweltverträglichkeit von Produkten wird herabgesetzt oder gänzlich ausgehebelt, Kultur wird völlig dem freien Markt unterworfen, Bürger*innenbeteiligung wird noch mehr eingeschränkt. Einst demokratisch beschlossene Maßnahmen wie Umwelt-, Gesundheits- oder Sozialauflagen gelten den Konzernen als Handelshemmnisse. Und TTIP sorgt dafür, dass solche Hemmnisse beseitigt werden können. Freihandel heißt in diesem Abkommen, frei von öf-

fentlicher Kontrolle, frei von demokratischer Mitbestimmung, unabhängig von demokratisch ausgehandelten Regeln des Anstands. Breiter Widerstand ist eine lebenserhaltende Maßnahme. Am 18. April findet ein europaweiter Aktionstag statt. Gehen wir auf die Straße und wehren uns gegen die Sauerei mit dem Kürzel TTIP.

Halina Wawzyniak, rechtspolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag

Mehr Infos:
www.ttip-unfairhandelbar.de

Globaler Aktionstag 18. April: Demonstration & Menschenkette 16 Uhr, Potsdamer Platz, Berlin

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA stoppen!

Wir sagen NEIN.

- zu Freihandelsabkommen,
- die nur die Interessen internationaler Konzerne und Lobbyisten vertreten
- die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden
- die Umweltschutz, Ernährung und die Rechte der Arbeitnehmer_innen gefährden
- die Kultur und Bildung zu Spekulationsobjekten machen
- die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aushöhlen

Wir fordern Bürger_innenrechte statt Konzernrechte

Wir tragen unseren Protest gegen TTIP, CETA und TISA in das Regierungsviertel. Mit einer Menschenkette werden wir die Botschaften Kandas und der USA mit der Vertretung der Europäischen Kommission verbinden – im Namen der Menschen und nicht des Profits. Wir solidarisieren uns dabei mit dem internationalen Widerstand gegen die geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen.

Die Menschenkette bildet den gemeinsamen Abschluss der berlinweiten Aktionen am 18. April. Schon vorher finden den ganzen Tag über in vielen Stadtteilen kreative Proteste und Infoveranstaltungen statt.

Mehr Infos: <http://www.stopp-ttip-berlin.de/>

Zur Person

Khaled Davrisch: Eine Fluchtgeschichte von vielen

Khaled ist 28 Jahre alt und stellvertretender Bürgerdeputierter im Integrationsausschuss der BVV Marzahn-Hellersdorf. Er arbeitet als Gesundheits- und Krankenpfleger bei Vivantes in Reinickendorf. 2001 kamen Khaled und seine Familie, die in Syrien als Kurden politisch verfolgt wurden, nach Deutschland.

■ *Warum wollte deine Familie weg aus Syrien?*

Khaled: Mein Vater war in Syrien politisch aktiv. Er engagierte sich für die Rechte der Kurden im Nordosten des Landes. Für das Assad-Regime sind die Kurden schon immer ein Störfaktor gewesen. Mein Vater wurde oft verhaftet, geschlagen und erpresst. Hinzu kam, dass er als Staatenloser in Syrien lebte, keine Rechte hatte und nur geduldet war. Auch die Ehe mit meiner Mutter war nicht anerkannt.

■ *Wolltet ihr überhaupt nach Deutschland kommen?*

Khaled: Natürlich wollte meine Familie nicht weg aus ihrer Heimat. Irgendwann konnte mein Vater die Repressionen und die Gefahren für unsere Familie – ich habe noch drei Brüder und vier Schwestern – aber nicht mehr hinnehmen. Nach Deutschland kamen wir eher zufällig. Das war so nicht geplant. Mein Vater wollte einfach nur, dass wir irgendwo in Europa in Sicherheit leben können.

■ *Wo kamt ihr dann in Deutschland zunächst unter?*

Khaled: Wir sind anfangs in Braunschweig gelandet. Dort sagte man uns, wir sollten nach Berlin gehen. Unser Asylantrag wurde zunächst abgelehnt. Wir legten Widerspruch ein und waren dann immer nur auf Zeit geduldet. In Berlin kamen wir zuerst in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Motardstraße am Siemensdamm unter. Dort hatten wir ein Zimmer für fünf Leute – meine Mutter, drei meiner Geschwister und ich. Mein Vater und meine anderen Geschwister wurden in ein Heim nach Dorsten geschickt. Sechs Jahre lang lebten wir getrennt von ihnen und konnten sie durch die Residenzpflicht insgesamt nur sechsmal besuchen. Die Reisekosten mussten wir auch selbst tragen. Nicht einfach, wenn man von etwas über 100 Euro im Monat leben muss, und arbeiten durften meine Eltern nicht. Nach drei Monaten kamen wir dann in ein Wohnheim in der Schwarzkopfstraße. Das war schon besser. Wir hatten eine Wohnung mit zwei Zimmern, Küche und Bad.

■ *Wie ging es dann weiter? Konntest du zur Schule gehen?*

Khaled: Ja, ich besuchte drei Monate eine Integrationsklasse und kam dann in die neunte Klasse einer Realschule. Deutsch zu lernen war schwierig für mich. Die Lehrer waren

wenig motiviert und fast jeder sprach eine andere Sprache in der Klasse. Das Abitur konnte ich nicht machen, weil ich immer nur geduldet war. Und die Duldung wurde für maximal sechs Monate vergeben. So konnte ich nur eine schulische Ausbildung als Elektriker



Khaled Davrisch in der Marzahner Promenade

Foto: Asli Peker Gaubert

in einer speziellen Klasse für Geflüchtete und Migrant*innen mit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt machen. Nach zwei Jahren hatte ich aber keine Lust mehr auf diese Ausbildung.

■ *Was hatte das für Konsequenzen?*

Khaled: Mir wurden Gelder gekürzt. Ich hatte aber Glück, dass ich an einen sehr guten Berater geraten bin, der mir dann eine Maßnahme zur Aufnahme einer Pflege Tätigkeit vermittelt hat. Diese Maßnahme wurde über das Bridge-Projekt von der EU gefördert. 2007 bewarb ich mich damit dann bei Vivantes für eine Ausbildung.

■ *Du bist mittlerweile deutscher Staatsbürger und hast eine Ausbildung zum Krankenpfleger gemacht. Wie verlief der Weg dorthin?*

Khaled: Im Jahre 2007 bekam ich endlich eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Und kurz nach Beginn der Ausbildung wurde ich eingebürgert. Zunächst wurde meine Einbürgerung zwei Mal abgelehnt und das, ob-

wohl ich den Ausbildungsplatz schon hatte. Da ist auch oftmals Willkür im Spiel. Bei Vivantes gab es 20 Ausbildungsplätze speziell für Migrant*innen.

■ *Fühlst du dich mittlerweile wohl in Deutschland?*

Khaled: Ja auf jeden Fall. Ich bin hier angekommen, bin Staatsbürger, beherrsche die Sprache, habe eine eigene Familie und einen Job. Mein Vater hatte es da schwerer. Er ist Analphabet. Viele seiner Generation, die in Syrien in der Landwirtschaft tätig waren, haben es schwer, sich in Deutschland zurechtzufinden. Die Kinder lernen viel schneller die Sprache. Deswegen sollte auch alles getan werden, dass sie hier in Deutschland ankommen und eine Perspektive bekommen. Das geht aber auch nur, wenn ihnen nicht immer mit Abschiebung gedroht wird. Ein Problem gibt es aber noch: Die Ehe mit meiner Frau wird nicht anerkannt, und das nur, weil ich keine Geburtsurkunde habe. Und

natürlich gibt es auch immer wieder mal Anfeindungen: So wurde ich als Jude und Zigeuner beschimpft und auch schon geschlagen.

■ *Du bist ehrenamtlich auch für die Volkssolidarität im Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte tätig. Was machst du da?*

Khaled: Vor ungefähr sechs Jahren habe ich dort angefangen, als Jobpate zu arbeiten. Über Jugend ohne Grenzen (JoG) bin ich dazu gekommen. Es hat von Anfang an gepasst. Mittlerweile berate ich Flüchtlinge bei allen Dingen, die mit Ämtern zu tun haben: Wohnungssuche, Ämterwechsel usw. Ich spreche neben meiner Muttersprache Kurdisch auch noch Arabisch und Türkisch. So kann ich vielen Menschen helfen, die gerade nach Deutschland gekommen sind und das Gleiche durchmachen wie ich am Anfang. Im Vorstand vom Migrationsrat Berlin-Brandenburg war ich auch ehrenamtlich tätig. Neben Job und Familie hatte ich dann irgendwann aber keine Zeit mehr dafür.

*Das Gespräch führte
Thomas Braune.*

Petra Pau (MdB): Das Verfahren ist verfahren

„Das Verfahren ist verfahren!“ So hatte ich 2003, also vor zwölf Jahren, kommentiert, als sich abzeichnete, dass das Bundesverfassungsgericht passen wird. Es ging damals um das erste Verbotsverfahren gegen die NPD. Der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung hatten seinerzeit geklagt. Gemeinsam mit meiner Kollegin Ulla Jelpke begleitete ich für die PDS-Fraktion das Ganze. Der angestrebte Prozess in Karlsruhe indes wurde eingestellt, bevor er so richtig begonnen hatte. Eine Mehrheit der Richter gab an, dass sie nicht mehr unterscheiden könnten, welche Vorwürfe sie original der NPD zurechnen sollten und welche von V-Leuten der Sicherheitsbehörden stammten. Oder zuge-spitzt gefragt: Wer wurde eigentlich beklagt: Die NPD oder der Staat?

Die NPD frohlockte darob, während viele engagierte Antifaschisten enttäuscht bis empört reagierten. Aber, dass die Hürden für Parteiverbote so hoch liegen und dass einschlägige Verfahren ausschließlich beim höchsten deutschen Gericht geführt werden, war auch eine Lehre aus der Zeit des Faschismus. Denn nach 1933 wurden Parteien von den Nazis reihenweise liquidiert, machtpolitisch, willkürlich.

Seit 2013 streben die Bundesländer via Bundesrat erneut ein NPD-Verbot an. Ich habe das mit großer Skepsis registriert. Zumal etliche Ministerpräsidenten zugleich nicht attestieren wollten, dass die Klageschrift diesmal V-Leute-frei sei. Mein Argwohn scheint berechtigt. Denn das Bundesverfassungsgericht fordert nunmehr nachvollziehbare

Belege dafür, dass die staatliche Zusammenarbeit mit möglichen V-Leuten in der NPD beendet wurde. Und schon dürfte die V-Mann-Falle wieder zuschnappen.

Zum Verständnis: V-Leute in der NPD sind keine netten Informanten von nebenan. Sie sind Nazis! Vom Staat gekaufte Spitzel und vom Staat bezahlte Täter. Sollen sie oben-drein über Wissen verfügen, das für die Behörden relevant sein könnte, müssen sie möglichst Spitzen-Nazis sein, also keine einfachen Mitläufer. Aus den Untersuchungen zum NSU-Nazi-Mord-Desaster kenne ich etliche Fälle, bei denen Nazis als V-Männer mit Hilfe der Ämter für Verfassungsschutz zu einflussreichen Nazis in der Szene aufstiegen. So wurde durch Behörden befördert, was sie vorgeblich bekämpfen: Verfassungsfeinde! Die Skepsis der Verfassungsrichter ist mithin berechtigt. Und das Problem der Ministerpräsidenten, also des Bundesrates, ist noch größer. Was Geheimdienste tun oder lassen, ist geheim. Das ist ihr Wesen. Ob sie V-Leute in der NPD führen oder nicht, entzieht sich letztlich auch der Kenntnis der politischen Landeschefs. Sie können glauben, aber nicht wissen. Auf Gutdünken aber darf kein ordentliches Gericht ein Urteil gründen. Und so ist zu befürchten, dass auch der zweite Verbotprozess eingestellt werden könnte, ehe er in der Sache beginnt.

Umso mehr bleibt DIE LINKE, bleibe ich bei der Forderung: Die Ämter für Verfassungsschutz sind als Geheimdienste aufzulösen und die unsägliche V-Leute-Praxis ist sofort zu beenden.

Überzeugen lassen und andere überzeugen

MdB Halina Wawzyniak informierte über das „Bedingungslose Grundeinkommen“

Auf dem „Roten Sofa“ im gemeinsamen Büro von Regina Kittler und Manuela Schmidt haben seit Beginn dieser Reihe schon viele illustre Persönlichkeiten Platz genommen. Am 18. März war die Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak, Mitglied der Linksfraktion im Bundestag, zu Gast, ihr Thema: Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE).

Das BGE nimmt in der Debatte der Partei DIE LINKE seit ihrer Gründung einen breiten Raum ein. Auf dem kommenden Parteitag in Bielefeld soll es einen Schwerpunkt bilden. In der gesellschaftlichen Diskussion spielt es seit der Einführung von „Hartz IV“ eine besondere Rolle, wird aber vor allem mit dem Gründer der Drogeriemarkt-Kette „dm“, Götz Werner, oder der Piratenpartei in Verbindung gebracht.

Worum geht es? Jedem Menschen soll das fürs Leben notwendige Geld bedingungslos zur Verfügung gestellt werden, unabhängig von einer Gegenleistung. Andere Einkommen bleiben erhalten, werden jedoch stärker besteuert. Je nach Modell ergibt sich so eine mal mehr, mal weniger starke Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen“ (BAG

GE) der LINKEN hat ein Modell vorgelegt, in dem z.B. Singles bis zu einem Nettoeinkommen von ca. 3900,- € profitieren.

Wenn sich die Arbeitswelt wandelt, wenn immer mehr Tätigkeiten computerisiert und automatisiert werden, ist das BGE möglicherweise eine Antwort? Oder wird mit dem BGE endgültig vor der Entwertung der Arbeit, wie wir sie aktuell erleben, kapituliert?

Halina Wawzyniak jedenfalls befürwortet das BGE aufgrund des damit verbundenen Menschenbildes. Jede und jeder hat ein Menschenrecht auf Einkommen, ohne nützlich sein oder sich wohlverhalten zu müssen. Soweit ging das Publikum mit, Skepsis und Vorbehalte blieben trotzdem. Ist es denn nicht nur ein utopisches Fernziel, oder anders gefragt: Wie kommen wir dahin? Darauf gab Halina Wawzyniak eine einfache, aber direkte Antwort: Die Broschüre der BAG Grundeinkommen mitnehmen, lesen, sich überzeugen lassen und dann hinausgehen und andere überzeugen. Denn das BGE wird sicher nicht von oben verordnet, es kann nur von unten erkämpft werden. **Olaf Michael Ostertag** Mehr zum Thema Grundeinkommen aus *LINKE R S I C H T* gibt es unter:

www.die-linke-grundeinkommen.de

Eine facettenreiche Lady mit Temperament ...

..., das ist die argentinische Hauptstadt Buenos Aires zweifellos. Das kulturelle, wirtschaftliche und Verkehrszentrum des Landes, auch „Paris Südamerikas“ genannt, beherbergt mehr als 180 Theatersäle, diverse Orchester und Chöre. Es gibt eine Vielzahl von Bibliotheken, Hochschulen, Universitäten, Museen. Viele Häuser von Künstlern und Kunstsammlern wurden in Museen umgewandelt. Ein Beispiel, das Schule machen sollte! Hierzulande ist Buenos Aires bekannt als „Welthauptstadt des Tangos“, Zentrum des Pferdesports, Talenteschmiede für den Fußball und für die Poesie des Steaks. Doch die Partnerstadt von Berlin seit 1994 ist viel mehr, wie Wolfgang Brauer im November letzten Jahres als Präsidiumsmitglied des Abgeordnetenhauses erleben durfte.

In seiner 7. Folge von „Brauer lädt ein“ vermittelte er in Wort und Bild im Berliner Tschchow-Theater sehr persönliche Eindrücke aus einer Stadt der krassen Gegensätze. Diese ließ schon der Titel „Evita, Mördergeneräle, ein kleines Mädchen und der Müll. Begegnungen in Buenos Aires“ vermuten.

An zwei Frauen kommt kein Tourist vorbei. Da ist zum einen Evita, María Eva Duarte de Perón (1919-1952), Schauspielerin und zweite Ehefrau des Präsidenten Juan Perón (1895-1974). Sie unterstützte ihren Mann in Wahlkämpfen, nahm darüber hinaus großen Einfluss auf die Frauenpolitik. Ihr Mythos hat bis heute Spuren in der Wahlkampfstrategie Lateinamerikas hinterlassen. Zum anderen das kleine Mädchen *Mafalda*, liebenswert,



Mafalda Foto: Wolfgang Brauer

altklug, fast schon philosophisch – eine Comicfigur des Zeichners Quino, die die Beatles liebt und Suppe hasst. Im Stadtteil San Telmo kann man sie treffen und sich von ihr bezauern lassen.

Anderer Stadtteil: Belgrano. Hier befindet sich einer der grauenhaftesten Orte der argentinischen Geschichte nach dem Militärputsch von 1976: die Escuela de Mecánica de la Armada („Mechanikerschule der Marine“ – ESMA). Als Wolfgang Brauer über die größte geheime Folterhöhle sprach, in der von 5000 Inhaftierten nur knapp 200 überlebten, die Toten wurden nackt aus Flugzeugen ins offene Meer geworfen, waren die Zuhörer sehr bewegt.

Über die Hintergründe, was es mit dem Müll auf sich hat und mehr, wird der Redner sicher gern berichten!

Sabine Behrens

Kurz informiert:

Aus dem Bezirksvorstand

Am späten Abend des 21. April 1945 erreichten Truppen der Roten Armee unter Generaloberst Nikolai Bersarin die (damalige) Stadtgrenze von Berlin. Eins der ersten befreiten, das einzige heute noch erhaltene Gebäude steht mitten in Marzahn und hat die Adresse Landsberger Allee 563. Die Adresse kennen sicher viele nicht – aber das Haus mit dem roten Giebel, auf dem neben dem genannten Datum die Worte „победа“ und „на Берлин“ stehen, fällt im Stadtbild auf. Auf Einladung der Bezirksorganisation der LINKEN treffen sich alljährlich Menschen an diesem Gedenkort, um der Rolle der Roten



**Kommt am
21. April um
17 Uhr zur
Landsberger
Allee 563!
Bringt Blumen mit!**

Armee bei der Befreiung Deutschlands von der faschistischen Diktatur zu gedenken. Auch in diesem Jahr werden wir uns am 21. April wieder an diesem Ort treffen. Wir begehen dann den 70. Jahrestag dieses historischen Ereignisses. Natürlich ist ein solches Jubiläum immer ein Anlass zu besonderem Nachdenken, aber noch wesentlicher ist es angesichts aktueller politischer Entwicklungen, sich dazu zu bekennen, dass es nicht nur um die Erinnerung an das Ende des Krieges geht. Ich bin weit davon entfernt, diese Tatsache geringzuschätzen – ich habe, wenn auch als Kind, das Kriegsende erlebt, ich weiß, welche Erleichterung es war – keine Schüsse mehr, keine Bomben, nicht mehr mit Gasmaske in den Luftschutzkeller. Aber das Historische war, dass Deutschland von einem menschenverachtenden System befreit wurde, das unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat und für den Tod von Millionen Menschen verantwortlich ist. Und an dieser Befreiung hatte die Rote Armee, hatte die Sowjetunion entscheidenden Anteil. Es geht also nicht um (teilweise sehr fragwürdige) Bewertungen aktueller Politik, sondern um die Tatsache, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung war, und unser Gedenken am 21. April gehört untrennbar dazu. Deshalb wünschen wir uns, dass sich viele Menschen an diesem Gedenken beteiligen. Schön wäre es auch, wenn viele selbstmitgebrachte Blumen am Giebel und natürlich auch wieder an der Bersarinbrücke niedergelegt würden.

Es gibt noch einen anderen Aspekt für ein deutliches Bekenntnis an diesem Ort: Das Haus in der Landsberger Allee muss dringend saniert werden, sein weiteres Schicksal ist im Moment unklar. Wir bekennen uns mit der Veranstaltung am 21. April auch dazu, dieses Haus als Gedenkort unbedingt zu erhalten.

Und noch ein Hinweis: Aufs Wetter haben wir keinen Einfluss. Wir sollten auf eine würdige Veranstaltung auch unter verschiedenen Umständen eingerichtet sein. **Bernd Preußner**

Gesundheitswirtschaft im Bezirk

In einer gemeinsamen Sitzung ließen sich die BVV-Ausschüsse Gesundheit, Soziales, Seniorinnen und Senioren sowie Wirtschaft, Jobcenter und Ökologische Stadtentwicklung über das Netzwerk-Projekt „Gesundheitswirtschaft“ informieren. Das Projekt wurde vom Bezirksamt im Jahre 2012 ins Leben gerufen, um die Entwicklung der zukunftssträchtigen Gesundheitsbranche im Bezirk zu unterstützen. Die Hauptakteurin Nadja Zivkovic informierte, dass die Gesundheitswirtschaft gegenwärtig der größte Arbeitgeber im Bezirk ist. Dazu gehören nicht nur die medizinischen Einrichtungen, sondern auch medizinisch-technische Einrichtungen, Labore, Zulieferer für Ärzte und Krankenhäuser, Krankentransport usw. Wussten die hier ansässigen Unternehmen in der Vergangenheit kaum voneinander, ist das in den vergangenen drei Jahren anders geworden, denn durch das Netzwerk werden der Informationsaustausch gefördert und Marketingaktivitäten gebündelt. Aktiv beteiligt ist auch der Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis. Die Veranstaltungen für die Netzwerkpartner reichen von Unternehmerabenden, Fachforen, der Beteiligung an den Wirtschaftspartnertagen oder an der Messe „Gesundheit als

Beruf“ bis hin zur Durchführung von „Tagen der gesunden Ernährung“ an Grundschulen. Ein besonderes Projekt war die Einrichtung einer „Ermündigungswohnung“ (als Gegenteil von „Entmündigung“), das heißt einer Wohnung, die es älteren oder behinderten Menschen erlaubt, so lange wie möglich selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können.

Gemeinsam mit der Alice-Salomon-Hochschule wurde die „Wertschöpfungskette“ in der Pflege untersucht. Darin spiegelt sich wider, dass Pflege einerseits eine soziale Dimension hat, andererseits aber auch wirtschaftlich betrieben werden muss. Aus der Untersuchung wurden Empfehlungen für Unternehmen und die Politik abgeleitet.

Das Projekt ist zeitlich bis Juni 2015 befristet. Als Nachfolge ist vorgesehen, auf dem Gelände des Unfallkrankenhauses Berlin (UKB) eine Einrichtung zu schaffen, die verschiedene Aspekte der Projektarbeit weiter führt.

Mehr Informationen:

www.gesundheitswirtschaft-mh.de

Dr. Hilka Ehlert

Blumenkästen statt Schulreinigung

Die BVV-Sitzung im März begann mit einer Schweigeminute für die Opfer des Flugzeugabsturzes am 24. März in Südfrankreich. Anschließend stellte Michael Wiedemann die neue Ausstellung „Kostbarkeiten“ mit dem Titel „so nah – so fern“ im Alten Rathaus Marzahn vor und übergab zwei Kunstwerke an die BVV. Diese werden demnächst in der Bezirkszentralbibliothek „Mark Twain“ zu sehen sein. Auch die Bürgerhaushaltsvorschläge wurden an die BVV und das Bezirksamt übergeben. Die höchstbewerteten Vorschläge werden nun auf Zuständigkeit, Kosten und Auswirkungen für den Bezirkshaushalt überprüft.

Unsere dringlichen Drucksachen zum Thema Schulreinigung und zur Einbeziehung der Schulen in den Ausschreibungsprozess für Reinigungsfirmen wurden für uns unverständlich durch das Votum der Zählgemeinschaft (SPD, CDU und Bündnisgrüne) verhindert. Mindestens sieben Schulen werden in Nord-Marzahn gegenwärtig nicht gereinigt. Anstatt diesem unhaltbaren Zustand Rechnung zu tragen, einigte sich die Zählgemeinschaft den Grünen-Antrag „Rathaus Marzahn erblühen lassen“ zur Dringlichkeit zu machen. Wir stimmten zu, wiesen aber darauf hin, dass es bereits im letzten Jahr einen Antrag von uns dazu gab und es tatsächlich Dringliches gibt. Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) berichtete, dass die Neuausschreibung für einen Reinigungsdienst bereits erfolgt sei. Trotzdem hätten wir gern gewusst, wie die Situation in den betroffenen Schulen ist, und auch diskutiert, wie man Schulreinigung im Bezirk besser organisieren kann.

Auf unsere große Anfrage zur Wiedereinrichtung ehemaliger Schulgebäude antwortete Komoß, dass es keine Standorte gebe, die für eine Wiedereinrichtung nutzbar wären. Zwei ehemalige, leerstehende Schulgebäude an der Elsenstraße und am Havelländer Ring seien für Wohnbebauung geplant und stünden daher nicht zur Verfügung.

Zustimmung erhielt unser überfraktioneller Antrag zur Zukunft der Ringkolonnaden. Das Bezirksamt muss sich nun gegenüber dem Senat dafür einsetzen, ein Konzept zum Erhalt der nördlichen Ringkolonnaden als Standort für Gewerbe, Kultur und Gesundheit zu erarbeiten. Viele Räumlichkeiten stehen seit Jahren leer. Seit der Übernahme der nördlichen Ringkolonnaden durch den Liegenschaftsfonds des Landes Berlin hat sich nichts getan.

Auch unser Antrag gegen die Entmündigung der Bezirke beim Wohnungsbau bekam eine Mehrheit. Mit dem durch den Senat beschlossenen Vierten Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch (AG BauGB), sollen die Kompetenzen der Bezirke in der Bauleitplanung weiter eingeschränkt werden. So soll bei Bebauungsplänen bereits ab 200 Wohneinheiten ein „dringendes Gesamtinteresse Berlins“ vorliegen (bisher 500 Wohneinheiten) und so die Zuständigkeit von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an sich gezogen werden können. Im Rat der Bürgermeister soll diese Beschränkung nun abgelehnt und mit anderen Bezirken der Widerspruch organisiert werden.

Thomas Braune

Menschen vor Profite: Der Mietenvolksentscheid Berlin

Preiswerter Wohnraum soll erhalten und neue billige Wohnungen sollen geschaffen werden, argumentiert Max Manzey.

In Berlin herrscht Wohnungsnot. Seit dem Jahr 2003 sind die Bestandsmieten durchschnittlich um 29 Prozent gestiegen, bei den Neuvermietungen ist es ein Anstieg von 30 Prozent seit dem Jahr 2009. In manchen Innenstadtbereichen sind die Mieten um bis zu 90 Prozent explodiert in den letzten fünf Jahren. Dies führt dazu, dass kaum noch günstige Wohnungen zu finden sind und viele Menschen aus ihren Kiezen verdrängt werden.

Betroffen sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, Transferleistungsbeziehende, Alleinerziehende und ältere Menschen. Und das sind in Berlin viele: 260.000 Haushalte leben in Berlin unterhalb der Armutsgrenze. Aber auch Menschen aus der Mittelschicht werden immer stärker durch steigende Mietpreise belastet. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass in Berlin rund 120.000 preisgünstige Wohnungen fehlen. Tendenz steigend. Der Rückzug des Sozialstaats seit den 1990er Jahren, eine Flut an Immobilienspekulanten, die im Zuge der Krise nach rentablen Anlagemöglichkeiten suchen, und ein verstärkter Zuzug nach Berlin in

den letzten Jahren haben zu dieser Wohnungskrise beigetragen. Die aktuellen Pläne des Senats zur Wohnraumbeförderung sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein – ein grundlegender Wandel der Wohnungspolitik wäre nötig.

Inspiziert vom erfolgreichen Volksbegehren „Tempelhofer Feld 100 %“ hat sich jetzt eine Initiative aus verschiedenen Mieterinitiativen gegründet, um einen solchen Systemwechsel der Wohnungsversorgung per Volksentscheid zur Abstimmung zu stellen. Das Ziel des Gesetzes ist ganz einfach: Bestehender preiswerter Wohnraum soll erhalten bleiben und neue preiswerte Wohnungen sollen geschaffen werden. Dazu soll ein umfangreicher Wohnraumbeförderungsfonds eingerichtet werden, der sicherstellt, dass die Mieten in den geförderten Sozialwohnungen an das Einkommen der jetzigen Bewohner angepasst werden und somit günstig bleiben. Außerdem sollen über den Fonds Neubau von Sozialwohnungen und notwendige Modernisierungen von alten Wohnungen ohne Mieterhöhung ermöglicht werden. Die zweite zentrale Änderung betrifft die kommunalen Wohnungsunternehmen, die bisher wie „normale“ Unternehmen Profite erwirtschaften müssen. Durch das Gesetz würden sie wieder zu ihrer ursprünglichen Funktion zurück-

kehren: günstigen Wohnraum durch Ankauf und Neubau schaffen. Dafür sollen die kommunalen Unternehmen in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt und mit 500 Millionen Euro zusätzlichem Eigenkapital ausgestattet werden, die Mietermitbestimmung soll zudem ausgebaut werden. Der Mietenvolksentscheid soll langfristig Wohnraum dem Markt entziehen und somit dem Profitinteresse der Immobilienkonzerne. Nur so und durch den kontinuierlichen Widerstand der Mieterinnen und Mieter kann insgesamt das Problem der Wohnungsnot gelöst werden.

Das Gesetz soll im nächsten Jahr zur Abgeordnetenhauswahl zur Abstimmung gestellt werden. Damit das klappt, müssen ab Mitte April diesen Jahres in einer ersten Stufe 20.000 Unterstützerunterschriften gesammelt werden. Von Januar bis April 2016 werden dann etwa 175.000 Unterschriften für die 2. Stufe gesammelt. Damit das gelingt, braucht es Unterstützung: Unter www.mietenvolksentscheidberlin.de kann man sich als Unterstützerin oder Unterstützer des Volksbegehrens registrieren und sich aktiv für eine soziale und solidarische Stadt engagieren.

Max Manzey ist Mitglied von DIE LINKE.SDS und aktiv beim Mietenvolksentscheid

Dr. Gabriele Hiller (MdA): Immer wieder in der Schule

Seit Beginn dieses Jahres besuche ich, gelernte Lehrerin, die Schulen meines Wahlkreises in Hellersdorf-Nord und -Ost. Das ist eine richtig gute Idee, so finde ich. Das Sartre-Gymnasium, die Pustebblume-GS, die Haeckel-Schule und die Wachsmann-Schule habe ich bereits angeschaut, andere, wie die Mozart-Gemeinschaftsschule und die Piaget-Schule stehen noch bevor. Selbstverständlich kenne ich die meisten Schulen hier nicht nur von außen, und natürlich kenne ich überall LehrerInnen, Eltern, MitarbeiterInnen, manchmal ehemalige SchülerInnen, die hier arbeiten. Und dennoch – es gab in den vergangenen Jahren einschneidende Veränderungen im Sozialraum, die ganz besonders in den Schulen erkennbar sind und die ich aufmerksam zur Kenntnis nehme. Da ist zum einen die gewachsene Zahl von Kindern, die von der Schulbuchfinanzierung befreit sind. Diese beträgt in allen Schulen hier mehr als 40 %, in manchen fast 90 %. Es sind also z.T. Kinder, die noch nie erlebt haben, dass ihre Eltern morgens zur Arbeit gehen. Kinder von alleinerziehenden, manchmal sehr jungen Müttern. Dass diese oft Schwierigkeiten haben, Probleme ihrer Kinder in der Schule zu erkennen und zu klären, ist offensichtlich. Bedauerlich finde ich, dass das Angebot an alle Kinder zur Teilnahme am Schulesen so wenig genutzt wird. Oft wird es durch die Eltern versäumt, den Berlin-Pass für sozial Bedürftige zu beantragen. Dieser aber erst ermöglicht z.B. auch die Teilnahme an der Schulspeisung für täglich nur einen Euro. Es ist ein Dilemma, dass Kinder in Hellersdorfer

Schulen hungern! Nicht nur, dass sie ohne Frühstück in den Tag starten, auch ein gesundes Mittagessen wird ihnen durch Untätigkeit ihrer Eltern verwehrt. Hier gibt es auch einen



*Dr. Gabriele Hiller ist im Marzahn-Hellersdorfer Wahlkreis 3 direkt gewählte Abgeordnete
Foto: DIE LINKE. Berlin*

großen politischen Handlungsbedarf. Ich erkenne, dass LehrerInnen allein die Probleme nicht lösen werden. SozialarbeiterInnen gibt es zu wenig, außerhalb der Schulen im sozialen Brennpunkt sind das eben nur 1,5 Stellen pro Schule, die zur Verfügung stehen. Für eine Schule, in der die Kinder mehr als nur Wissen erwerben, sondern auch Konfliktbewältigung, Berufsvorbereitung und Methodentraining lernen sollen, ist das viel zu we-

nig, so erfahre ich. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund ist in allen Schulen deutlich gestiegen. Ob nun Kinder aus vietnamesischen oder polnischen Familien, aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion oder Flüchtlinge aus Syrien – es treffen sehr unterschiedliche Kulturen und Erwartungen aufeinander, die die Arbeit mit Eltern und Kindern schwierig gestalten. Apropos Eltern – hier ist eine große „Schwellenangst“ zu bemerken, die Eltern davon abhält ihre Probleme bei der Erziehung zu benennen und gemeinsam mit Lehrern anzugehen. Ein gutes Beispiel, wie dem entgegen gewirkt werden kann, bietet das Eltern-Cafe, z.B. an der Pustebblume-GS, welches mit Hilfe des Quartiersmanagements und der Alice-Salomon-Hochschule betrieben wird. Ein Beispiel, so finde ich, welches verstetigt werden sollte, ebenso wie die Zusammenarbeit mit Sportvereinen und Bibliotheken. Aber auch hier zeigt sich: Die Sonderprogramme und Einzelmaßnahmen, die es gibt, helfen nur punktuell bei Problemlösungen. Eine bessere, kontinuierliche Unterstützung der Schulen in den Bereichen Flüchtlingskinder, Schulsozialarbeit, Schulspeisung, Inklusion ist notwendig, damit LehrerInnen sich auf das konzentrieren können, was ihre vordringliche Aufgabe ist – das Vermitteln von Bildung.

Vielen Dank an alle, die das mit großer Hingabe, mit Engagement, Enthusiasmus und Optimismus tun! Und danke für die vielen Anregungen, die ich aus den Gesprächen in den Hellersdorfer Schulen für meine politische Arbeit gewonnen habe.

Auf in die Barnimer Feldmark

Marzahn-Hellersdorf ist ein grüner Stadtbezirk und mit seinen Dörfern erst seit 1920 Teil der Stadt Berlin. Und so ist der Ausstieg in die Natur und in die Agrarlandschaft des Barnim, zu dem historisch das Gebiet des nördlichen und nordöstlichen Berlin bis hinter Strausberg und hinter Erkner gehört, an mehreren Stellen nachvollziehbar. Immerhin war das Gut Hellersdorf mal ein Vorwerk von Blumberg. Von Ahrensfelde aus oder von Hönow gelangt man durch Feldfluren, Wald, vorbei an den typischen Söhlen und anderem für den Barnim Prägnantem wie Obstbaumalleen, Feldgehölzen, Hecken, Feldsteinmauern, alten Kirchen und Bauernhäusern ...

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist wie auch Lichtenberg Mitglied im Regionalpark Barnimer Feldmark, hat jedoch schon seit mehreren Jahren keine sichtbaren Aktivitäten mehr dort geleistet. Beim kürzlichen Landtags-Tag war ich als Ausschussvorsitzender wieder einmal der einzige offiziöse Vertreter des Bezirkes.

Man setzt bei der regionalen Zusammenarbeit mit dem Umland ausschließlich auf die

bevölkerungsreichere und damit auch finanzstärkere sogenannte „Märkische S-5-Region“. Allerdings bietet das Gebiet ostwärts von Hellersdorf bis Strausberg heute hauptsächlich einen „Siedlungsbrei“ mit eingesprengelten Gewerbegebieten, und wer tatsächlich hinaus aufs Land will, muss weit fahren oder eben sich in Richtung Norden wenden.

Normalerweise mache ich hier keine Werbung in eigener Sache, doch wer am 23. April Zeit und Lust für eine kleine Wanderung hat, finde sich 9:50 Uhr am Bahnhof Ahrensfelde ein. Von dort geht es mit dem Bus nach Mehrow und von dort zu einer Wanderung über ca. 7 km über Trappenfelde nach Krummensee. Es gibt Natur am Rande und Geschichte(n) und zum Schluss eine Einkehr im empfehlenswerten Dorfgasthof „Zum Brandenburger“ in Krummensee. Wer noch nicht zu den „65plus“ern gehört, benötigt jeweils für die Hinfahrt und dann für die Rückfahrt ein Ticket Berlin BC. *Der Teilnahmebeitrag für die Führung beträgt 5 €. Die Leser von Marzahn-Hellersdorf links zahlen bei mir nur 3 €. Es empfiehlt sich, ein Exemplar dabeizuhaben!*

Frank Beiersdorff

Aus den Siedlungsgebieten: Investitionsplanung 2015-2019 angemeldet!

Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung am 17. Februar 2015 die Anmeldung zur Investitionsplanung für die Jahre 2015 bis 2019 beschlossen. Ohne Not wurden dabei für die Jahre 2015 und für 2016 jeweils 1,45 Mio. Euro für die Haushaltskonsolidierung bereitgestellt. DIE LINKE hat bei der Beratung über die Haushaltskonsolidierung immer wieder klargemacht, dass in Anbetracht der vielen „Baustellen“ in den Großsiedlungen und im Siedlungsgebiet die Kürzung von Investitionsmitteln der falsche haushaltspolitische Ansatz ist. In die angemeldeten Vorhaben sind wichtige Vorhaben zur Entwicklung unseres Bezirkes aufgenommen worden. So werden der denkmalgerechte Wiederaufbau des Schlosses Biesdorf und die Einrichtung einer Galerie Bilderstreit ausgewiesen und die im vorigen Jahr gestrichene Wiederherstellung des Brunnens im Gutspark Mahlsdorf für das Jahr 2015 aufgenommen. In der Friedrich-Schiller-Grundschule wird ein Schulergänzungsbau mit Sporthalle und Außensportanlagen geplant. Die Schule wurde 1905 errichtet und ist sehr hoch mit Schülerinnen und Schülern ausgelastet. Um den wachsenden Schülerzahlen im Siedlungsgebiet gerecht zu werden, soll in der Zeit von Oktober 2015 bis in das Jahr 2020 die geplante Maßnahme umgesetzt werden. Für das Otto-Nagel-Gymnasium ist ein Schulergänzungsbau mit Sporthalle geplant. Damit soll das seit 1992 bestehende Gymnasium in Biesdorf aufgewertet werden. Bis zum Abschluss der Investitionen in die Neubauten sollen dann auch die jetzigen

baulichen Mängel am Hauptgebäude überwunden sein. Es ist geplant, dass hier ein vierzügiges Gymnasium und eine Dreifach-Turnhalle entstehen. Da das Altbaugebäude der Franz-Carl-Achard-Grundschule auf Grund statischer und feuchtigkeitsbedingter Schäden ab 2016 nicht mehr in Betrieb bleiben kann, sollen die Wiederherstellung und Nutzungsfähigkeit in der Adolfstraße 25 per Investitionsplanung gesichert werden. Das Bezirksamt versucht nun erneut, den Neubau der Lemkestraße von Kieler Straße bis Donizettistraße in die Planungen aufzunehmen. Diese Straße wird von einer Buslinie mit drei Fahrten pro Stunde durchquert. Sie hat ein Kopfsteinpflaster und deren Befestigung wird auf 90 Jahre geschätzt. Der Straßenverkehr verursacht einen unzumutbaren Verkehrslärmpegel. Deshalb war diese Maßnahme bereits im Jahre 2013 angemeldet. Sie wurde aber von der Senatsverwaltung für Finanzen gestrichen. Durch die Personalsituation in unserer Bezirksverwaltung kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Verzögerungen bei der Umsetzung der Planungen. Vorplanungsunterlagen oder Bauplanunterlagen, vorgeschriebene Ausschreibungen wurden nicht fristgerecht oder in der ausreichenden Qualität erstellt. Deshalb sieht DIE LINKE hier das Bezirksamt gegenüber dem rot-schwarzen Senat in der Pflicht, endlich für eine angemessene Personalausstattung einzutreten. Dann könnten die geplanten Investitionsmaßnahmen auch Realität werden.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Mini-Bibliothek in der Telefonzelle

Bücherbox nennt sich das Projekt, das Mini-Bibliotheken in ausgemusterte Telefonzellen stopft und solche in halböffentlichen Grundstücken auf Betonfundamente setzt. Zuvor müssen die Zellen von Telefontechnik entkernt werden und eine Regalrückwand erhalten. Diese Vorbereitungen und die Graffiti-Außenhülle der ersten derartigen Bücherbox in unserem Stadtbezirk erledigte Kids & Co. Am 25. März fand bei strahlendem Sonnenschein die Einweihung in der Hellen Oase statt. Das Schleifenband durchschnitten Steffi Märker (Kids & Co.), Petra Pau (MdB), Juliane Witt (BA), Marlitt Köhnke (BVV) und Victor Wolter (Victor-Klemperer-Kolleg) gemeinsam im Beisein von drei Dutzend Leseenthusiasten von Kids & Co., LeseNetz Marzahn-Hellersdorf, Anwohnern und örtlichen Pressevertretern. Fast alle hatten Bücherspenden mitgebracht, die sich in Genres



Bei der Eröffnung: **Juliane Witt** und **Petra Pau**
Foto: **B. Lehmann**

von Comics bis Klassik breit fächern. Die Jugend-Oase ist sauber und immer belebt, so darf mit Spannung der Annahme des Bücherangebotes entgegengesehen werden und der neuen, im lebendigen Tausch künftig in die Bücherbox gelangenden Bücher. Anschließend setzten sich die Aktiven von LeseNetz Marzahn-Hellersdorf mit der Bezirksstadträtin zur Arbeitsberatung zusammen. Ein Punkt betraf die Vorbereitung für die Telefonzellen-Mini-Bibliotheken Nr. 2 und 3. Deren Einweihung zum Auftakt der Lesetage im November ist erklärtes Ziel. Zunächst bereitet das LeseNetz ein Sommer-Lese-Fest (19. Juni) in der Alten Börse vor. Bildung beginnt mit Neugier – die ist geweckt.

Bernd-R. Lehmann

Konzert

Der Ernst-Busch-Chor Berlin und das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit laden zum Konzert anlässlich des 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 7. Mai 2015 um 18.00 Uhr in den Münzenbergsaal, Bürogebäude Franz-Mehring-Platz 1, ein. Eintritt: frei

Festveranstaltung

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus
23. April, 14.40 Uhr, Theater am Park,
Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin
Referent Bruno Mahlow,
Mitglied des Ältestenrates der LINKEN
Es laden ein: GRH, ISOR und GBM

Eine lebendige Geschichtsstunde

In unserem Frauentreff am 02. März konnten wir Dr. Bärbel Schindler-Saefkow als Gast begrüßen. Wir hatten sie darum gebeten, über ihre Eltern, Anton und Aenne Saefkow, zu sprechen und darüber, wie das Schicksal ihrer Eltern ihr eigenes Leben beeinflusst hat. Die Historikerin forscht seit Jahrzehnten zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstands. Dabei geht ihr Interesse weit über das Leben und Wirken ihrer Eltern hinaus.

Natürlich wussten wir schon einiges über Anton Saefkow, der ab 1942 zusammen mit Franz Jacob und später auch Bernhard Bästlein die größte Widerstandsorganisation aufgebaut hatte und wegen seines illegalen Kampfes gegen die Nazidiktatur und den Krieg 1944 verhaftet und hingerichtet worden war. Durch ihren emotionalen Vortrag, den sie mit Fotos, Briefen und sogar einem persönlich von ihrem Vater verfassten Gedicht bereicherte, machte uns Bärbel die Persönlichkeit von Anton Saefkow lebendig. 1943 geboren, lernte sie ihren Vater nicht nur aus den Erzählungen ihrer Mutter, von Freunden und Kampfgefährten, sondern auch durch ihre intensiven Forschungen



Bärbel Schindler-Saefkow Foto: privat

in den Archiven kennen. So erschloss sich ihr das Bild eines charismatischen, charmannten, klugen und hilfsbereiten Mannes, der die Menschen liebte, auf sie zuing, sie zu überzeugen und zu mobilisieren wusste. Sein Gerechtigkeitsinn, seine Aufrichtigkeit

und sein fester Glaube an eine bessere Zukunft trieben ihn an, trotz der Gefahren für das eigene Leben und für seine Familie den ungleichen Kampf gegen Faschismus und Krieg zu führen.

Viel Neues erfuhren wir über Aenne Saefkow, die ihren Mann intensiv in seiner illegalen Tätigkeit unterstützte, 1944 ebenfalls verhaftet wurde und die

barbarischen Zustände des KZ Ravensbrück überlebte. Nach der Befreiung vom Faschismus arbeitete sie zunächst in verschiedenen kommunalen Funktionen. Als Bürgermeisterin

von Pankow brachte sie ihre Erfahrungen und ihre Kraft ein, um das schwere Leben der Menschen nach dem Krieg ein bisschen lebenswerter und würdevoller zu gestalten. Ganz besonders lag ihr das Schicksal der Kinder am Herzen. Die Tochter ihrer zum Tode verurteilten Kampfgefährtin Elli Voigt sowie ein polnisches Mädchen, an dem die KZ-Ärzte unmenschliche Experimente durchgeführt hatten, nahm sie zeitweilig in ihre Familie auf. In der Berliner VVN und bei der Vorbereitung eines Gedenkortes in Ravensbrück sah sie ihre Aufgabe bis zu ihrem Tod im Jahre 1962 darin, das Vermächtnis der Widerstandskämpfer ins gesellschaftliche Bewusstsein zu tragen.

Bärbel wurde schon in ihrer Kindheit immer wieder mit dem politischen Wirken ihrer Eltern konfrontiert. Das weckte ihr Interesse für Geschichte und führte über ein Lehrstudium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam und ihre Tätigkeit in der FDJ und Pionierorganisation ans Institut für Marxismus-Leninismus, wo sie sich ganz der Erforschung der Geschichte der Arbeiter- und Friedensbewegung verschrieb. Eine große Herausforderung war nach der so genannten Wende die Leitung eines Projekts zur Veröffentlichung des Gedenkbuches für die Opfer des Konzentrationslagers Ravensbrück. Sehr empfehlenswert ist auch eine Wanderausstellung, die umfangreich und differenziert über die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation informiert und im Mai dieses Jahres in Berlin wieder zu sehen sein wird.

Dr. Bärbel Schindler Saefkow hat sich zeitlebens politisch engagiert. Sie war Abgeordnete auf verschiedenen Ebenen. Nach der Wende wurde sie Vorsitzende des 1990 neu gegründeten Deutschen Friedensrates e.V. Als Generalsekretärin des Internationalen Ravensbrück-Komitees trägt sie dazu bei, das Vermächtnis der ermordeten Frauen und Kinder zu bewahren.

Die Veranstaltung hat uns nochmals bewusst gemacht, wie wichtig es in unserer Zeit ist, das Wissen und die Erfahrungen der Geschichte an die jüngere Generation weiterzugeben und sich im Kampf gegen den erstarkenden Neonazismus in Deutschland und anderen europäischen Ländern eindeutig und in aller Öffentlichkeit zu positionieren. Dazu zählt auch das Engagement für die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung Zuflucht in unserem Land suchen.

Dr. Sonja Goldmann

„Es war nicht alles schlecht ...“

... im Westen, so behauptet augenzwinkernd eine der Geschichten von Jan Korte. Mit seinem Buch „Geh doch rüber!“ war er Gast auf dem „Roten Sofa“ am 25. Februar im Abge-



Jan Korte während der Lesung. Foto P. Kolbe

ordnetenbüro von Regina Kittler und Dr. Manuela Schmidt. Letztere stellte ihn den gut 60 Interessenten des Abends vor. Und dann gab es eine Menge zu lachen, zu schmunzeln und sich die Hände zu reiben.

Denn was Jan Korte da aufgeschrieben hat, ist dem zuweilen verbiestert geführten Streit um Ossis und Wessis feinfühlig abgelauert:

- Wo sagt man „Jahn“ und wo „Jann“ Korte, liebe Ossis und Wessis?
- Wo darf man eine Gruppe durch Klopfen auf den Tisch begrüßen?
- Ist Platzreservierung durch Handtuch-Ablegen auch im Bundestag möglich?
- Sollten Abgeordneten-Sprechstunden an Info-Ständen auf dem Marktplatz stattfinden?
- Ist der im Wahlkampf genutzte rote „Barakas“ nun ein „B-tausend“ oder „B-eintausend“?

Solche und ähnlich fundamentale Fragen bilden den unterhaltsamen Kern der „feinsten Beobachtungen aus Ost und West“, wie es im Buch-Untertitel heißt. Und was auf den ersten Blick recht formal scheint, gibt letztlich doch den Blick frei auf den Zustand der Deutschen: Wie viel ist schon zusammengewachsen von dem, was laut Willy Brandt zusammengehört?

Jan Korte hatte die Schmunzler auf seiner Seite. Und herzlicher Applaus bestätigte ihm, dass ein in Osnabrück geborener Linker auch im Osten Freude verbreiten kann.

Peter Kolbe

Frühlingspurzelbaum

Jedes Jahr neu
meine Freiheit
zu sein

Janina Niemann-Rich

Ostermarsch

» **4.4., Treffpunkt/Auftakt: 12 Uhr**, Dorothea-Schlegel-Platz am Bahnhof Friedrichstraße; Demonstration zur Abschlusskundgebung, Lustgarten, Straße Unter den Linden, Nähe Berliner Dom, DIE LINKE und die Projektgruppe „Demo“ Marzahn-Hellersdorf, wieder mit selbstgestaltetem Transparent, siehe Abbildung nebenan, rufen alle zur Beteiligung am Berliner Ostermarsch auf

**Treffen im Wahlkreis**

» **9.4.**, 18 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung WK 4, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin (dafür keine Sprecherberatung für Biesdorf/Marzahn-Süd im April)

„Rotes Sofa“

» **20.4.**, 18.30 Uhr, „Rotes Sofa“: Manuela Schmidt und Regina Kittler laden ein zur Vernissage mit der Künstlerin Antje Püpke, Abgeordnetenbüro Kittler & Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, 1. OG über dem griechischen Restaurant „Akropolis“

Hilfe zur Selbsthilfe

» **17.4. und 24.4.** jeweils 10 - 13 Uhr, Linker Treff, Sozialberatung mit Thomas Marks

Mietenratschlag

» am 4. Mittwoch im Monat von **14 - 16 Uhr (22.4., 27.5.)**, LAG Städtebau und Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus (Raum 523), Kleine Alexanderstraße 28 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

70. Jahrestag der Befreiung

» **21.4.**, 17 Uhr, Veranstaltung am befreiten Haus Landsberger Allee 563. **BRINGT BLUMEN MIT!**

» **8.5.**, 15 Uhr : Radtour DGB (Beginn um 15 Uhr am S-Bahnhof Biesdorf, Fahrt zum Spreecenter)

» **9.5.** Kranzniederlegungen an Sowjetischen Ehrenmalen

- 10.00 Uhr Wiesenburger Weg
- 11.30 Uhr Brodauer Straße

25 Jahre linke Politik für Marzahn-Hellersdorf

» **11.5.**, ab 17 Uhr, wir feiern 25 Jahre linke Politik für Marzahn-Hellersdorf im Bürgerbüro der Abgeordneten Gabriele Hiller, Teterower Ring 41, 12619 Berlin - direkt hinter dem Spree-Center

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>

Bezirksvorstand

» **7.4., 21.4.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **2.4., 7.5.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38

» **16.4.**, 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, am veränderten Ort (!): WK-Büro Gabriele Hiller, Teterower Ring 41

» **6.5.**, 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, H.-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **7.5.**, 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff

Sprechstunden

» **Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, **13.4., 23.4., 30.4., 4.5.** jeweils 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41

» **Regina Kittler (MdB)**, **15.4.** 10-11 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7, **22.4.**, 15.30 - 17.30 Uhr, Kiezsprechstunde, vor der Kaiser's Kaufhalle, Oberfeldstraße

» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, **13.4., 27.4.** jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Platz 7, **16.4.**, 14 - 16 Uhr, Kiezsprechstunde, MIX-Markt, Jan-Petersen-Str. 18, 12679 Berlin

» **Wolfgang Brauer (MdB)**, **24.4.**, 11-13 Uhr, **14.4., 28.4.** jeweils 18-20 Uhr, Wahlkreis-Büro, Havemannstraße 24

» **Petra Pau (MdB)**: **15.4.**, 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum „Mosaik“, Altlandsberger Platz 2, 12685 Berlin, tel. Anm.: 030 99289380

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» **Wolfgang Brauer (MdB)**, Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11 - 13 Uhr, Tel. 030 97891950

» **Dr. Manuela Schmidt (MdB)**, Tel. 030 54980323 und **Regina Kittler (MdB)**, Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» **17.4., 18 Uhr**, La Casa, Wurzenener Straße 6-8, 12627 Berlin, Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16-18 Uhr, Di 9-12 Uhr, Mi 15 -17 Uhr, Do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV: 23.4., 21.5.), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Hinten links:**TTIP - Der Staatsstreich der Konzerne**

(So titelt Thilo Bode sein bei DVA verlegtes 230-seitiges Buch.)
Wirtschaftsinstitute prognostizieren für Deutschland ein durchschnittliches jährliches Wachstum des BIP um die 1,5 %.
Ein vollständig umgesetztes TTIP soll den Volkswirtschaften der EU ein Wachstum von im günstigsten Fall 0,5 % in 14 (vierzehn) Jahren bringen - pro Jahr gerade einmal 0,038 %!
Tagtäglich werden Waren im Wert von ca. 1,8 Mrd. EUR zwischen den USA und der EU ausgetauscht.
Der Dollar schwankte in den letzten Jahren von 1,20 bis 1,50 zum Euro.
Urpötzlich können sich so die Waren der deutschen Exporteure in den USA um 25 % verteuern!

Frage:

Weshalb wollen die Konzerne das eigentliche Handelshemmnis, die Devisenspekulation, welche die Kurse der Währungen schwanken lässt, nicht beseitigen?

R. Rüdiger

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Freitag: 10 - 13 Uhr

Schließtage: 7. und 10. April 2015

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 30.03.2015. Auslieferung ab: 31.03.2015. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen 06.05. und 03.06.2015